

Dachverband Berliner Kinder-  
und Schülerläden (DaKS) e.V.  
z. Hd. Frau Sperle  
Crellestraße 14  
10827 Berlin

Berlin, 19.04.2026

Unterstützungsschreiben für die Kitas der SHP für Bildung (Kita Rosen & Kita Tulpen)

**Betreff:**

**Bedeutung der qualifizierten Sprachförderung für den Übergang Kita-Schule**

Sehr geehrte Frau Sperle,  
sehr geehrte Damen und Herren der Senatsverwaltung,

als Schulleitung der Teltow-Grundschule arbeiten wir seit geraumer Zeit eng mit den Einrichtungen der SHP für Bildung zusammen. Mit großer Sorge haben wir erfahren, dass durch die Neuregelung zur Finanzierung und den Wegfall des ndH-Zuschlags die personellen Ressourcen für die Sprachförderung in diesen Kitas massiv bedroht sind. Aus schulischer Perspektive möchten wir die exzellente pädagogische Vorarbeit der Kitas „Rosen“ und „Tulpen“, mit denen wir seit vielen Jahren ebenso eng wie erfolgreich kooperieren, ausdrücklich bestätigen:

Die Kinder, die aus diesen Einrichtungen zu uns kommen, weisen trotz eines fast 100%igen ndH-Hintergrunds eine bemerkenswerte Schulreife auf. Die alltagsintegrierte Sprachförderung trägt Früchte: Die Kinder starten mit einem Wortschatz und einer grammatikalischen Sicherheit, die es uns ermöglicht, sofort mit dem regulären Unterrichtsstoff zu beginnen, statt langwierige Basis-Spracharbeit leisten zu müssen.

Neben der Sprache überzeugen die Kinder durch eine ausgeprägte Selbstständigkeit und Konzentrationsfähigkeit. Man merkt deutlich, dass hier ein strukturierter pädagogischer Alltag gelebt wird, der die Kinder gezielt auf die Anforderungen des Schulalltags vorbereitet. Auch im Bereich der Fein- und Grobmotorik zeigen die Kinder ein hohes Niveau, was für den Schriftspracherwerb essenziell ist.

Die Kitas leisten hier eine Präventionsarbeit, die das Schulsystem entlastet. Die Gleichsetzung von Sprachförderbedarf mit der BuT-Berechtigung halten wir für verfehlt. Gerade berufstätige Eltern mit Migrationshintergrund benötigen diese qualifizierte Unterstützung für ihre Kinder, um den sozialen Aufstieg durch Bildung zu sichern.

Der Wegfall des ndH-Zuschlags für diese Einrichtungen wäre ein bildungspolitischer Rückschritt. Er würde bewährte Strukturen zerstören und die Last der fehlenden Sprachförderung letztlich in die Grundschulen verschieben.

Wir unterstützen daher ausdrücklich die Forderung, die Finanzierung dieser wichtigen pädagogischen Arbeit unabhängig vom Sozialstatus der Eltern sicherzustellen, sofern ein nachweislich hoher Anteil an Kindern mit nichtdeutscher Herkunftssprache betreut wird.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Achten  
Schulleiter